

Diemelsee streicht Kindergartenbus

Zu teuer: Beförderung läuft zum Ende des Kindergartenjahres 2025/2026 aus

Diemelsee – Über viele Jahre konnten Kinder aus den Ortsteilen mit dem Kleinbus in die drei Kindergärten in der Gemeinde Diemelsee fahren. Im Sommer wird das Angebot aufgrund der schwierigen Finanzlage eingestellt. Die Gemeindevertretung hat nach einer emotional geführten Debatte am Freitag die Kindergartenbeförderung mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD gestrichen.

Rund 30 Kinder werden aktuell im Auftrag der Gemeinde zum Kindergarten befördert, mit durchschnittlich 3500 Euro pro Kind bezuschusst. Die Gesamtkosten liegen bei 105.000 Euro pro Jahr. Doch damit soll nun Schluss sein. Mit einem Sperrvermerk über 43.750 Euro soll die Leistung nach Ende des Kindergartenjahres 2025/2026 eingestellt werden.

Christian Pohlmann, Vorsitzender des Ausschusses für Landwirtschaft, Umwelt und Forsten, begründete den Änderungsantrag zur Haushaltssatzung, der aus den drei Ausschüssen kam, mit der angespannten Finanzlage.

Scharfe Kritik kam von der SPD-Fraktion. „Ich finde es unmöglich, diese Gelder zu streichen“, empörte sich Jutta Franke. „Wir verkaufen Bauplätze teuer, sind aber nicht in der Lage zu finanzieren, dass Kinder sicher in die Kitas gefahren werden.“ Die Maßnahme schaffe Rahmenbedingungen, die es berufstätigen Frauen immer schwieriger machten.

SPD-Fraktionschef Karl-Heinz Kalhöfer-Köchling sprang ihr zur Seite: „Die Kindergartenbeförderung ist keine Komfortleistung.“ Sie sei Voraussetzung dafür, dass alle Kinder unabhängig vom Wohnort Zugang zur



Die Gemeinde Diemelsee stellt zur Jahresmitte die Finanzierung der Kinderbeförderung ein. Die SPD sieht dadurch insbesondere die Kita Vasbeck in Gefahr.

FOTO: PR

Kita haben. Die Einsparung wäre überschaubar, der Schaden hingegen erheblich: Kalhöfer-Köchling nannte unter anderem eine höhere Belastung für Familien und mögliche Abmeldungen aus den Kindertagesstätten. „Besonders den Standort Vasbeck sehe ich gefährdet.“ Sein Fazit: „Das ist keine verantwortungsvolle Konsolidierung.“ Zuerst müssten weitere Einzelheiten geklärt werden, unklar sei etwa, wie viele Kinder aus welchen Ortsteilen transportiert würden. „Da gibt es vielleicht schon Einsparmöglichkeiten.“

Kalhöfer-Köchling versuchte schließlich, das Thema über einen Geschäftsordnungsantrag von der Tagesordnung zu nehmen: Die Ortsbeiräte hätten vor

der Abstimmung gehört werden müssen, verwies der Fraktionsvorsitzende auf die Hessische Gemeindeordnung. Bürgermeister Volker Becker widersprach nach Rücksprache mit dem Städte- und Gemeindebund: Es handle sich um eine gesamtgemeindliche Aufgabe ohne abgrenzbaren Ortsbezug. Kalhöfer-Köchlings Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

Manuel Stöcker (FDP) verteidigte die Sparmaßnahme mit drastischen Zahlen: Ohne Einsparungen werde die Belastung durch eine ab 2027 erhöhte Grundsteuer pro Einwohner durchschnittlich von 180 auf fast 380 Euro steigen. Die Gemeinde leiste bereits viel im Bereich Kinderbetreuung, müsse aber realistisch bleiben. „Wenn

Sie andere Einsparideen haben, dann sagen Sie es bitte.“

Jörg Weidemann (CDU) wurde deutlicher: Im nächsten Jahr seien enorme Steueranpassungen nötig, um den Haushalt auszugleichen. „Wir sprechen über eine erhebliche freiwillige Subvention für einen kleinen Personenkreis, während gleichzeitig Grundsteuererhöhungen für alle Bürgerrinnen und Bürger im Raum stehen.“ Das zu ignorieren sei „aktives Verdrehen der Tatsachen, Bürgerverarschung“, so Weidemann in Richtung SPD. Es tue im Herzen weh, über die Streichung entscheiden zu müssen, aber man müsse sich der Wahrheit stellen.

„Man merkt, dass Wahlkampf ist“, kommentierte Severin

Keßler von den Freien Wählern die Debatte. Seine Fraktion sei immer großer Befürworter der Kindergartenbeförderung gewesen. Doch man habe auch Verantwortung gegenüber allen Diemelseer Bürgern, nicht nur gegenüber Familien mit Kindern. Keßler kündigte an, in der nächsten Legislaturperiode nach der Kommunalwahl nach Lösungen zu suchen, insbesondere für Härtefälle.

„Wir treten für ein Maßhalten bei den Grundsteuern ein und lehnen eine weitere Erhöhung strikt ab. Freiwillige Leistungen, dazu gehört auch die Personenbeförderung, müssen wir streichen“, bekräftigte Christian Pohlmann als FDP-Fraktionsvorsitzender in seiner Haushaltsrede.

LUTZ BENSELER